

Niederschrift

über die in der 36. Sitzung des Kreisausschusses
am 22.11.2018 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159)
gefassten Beschlüsse
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 17:04 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17:04 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:16 Uhr

anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Düllings, Paul	Issum
Giesen, Heinz	Geldern
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Höhn, Birgitt	Kevelaer
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Heinricks, Michael	Kerken

beratendes Mitglied

Reuter, Tim	Geldern
-------------	---------

entschuldigt sind

Mulder, Andy	Kleve
--------------	-------

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Lamers, Silke
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Monika
Hälker, Silke

als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Modifizierter Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zu TOP 13: Schnellstmögliche Verbesserung und Ausbau der Bahnstrecke Geldern – Kleve grenzüberschreitend bis nach Nijmegen
- Vorlage „957/WP14: Niederrheinische Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft (NIAG) – Übertragung von Anteilen“ zu TOP 29

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befähigt hält, ergeht keine Erklärung.

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Verleihung eines Heimatpreises im Kreis Kleve
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.09.2018 | 940/WP14 |
| 2. | Landesförderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern was Menschen verbindet.“
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 27.09.2018 | 954/WP14 |
| 3. | Kreispartnerschaft
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018 | 921/WP14 |
| 4. | Barrierefreier Zugang zu Kreisgebäuden
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018 | 953/WP14 |
| 5. | Fortschreibung des Gleichstellungsplans für die Kreisverwaltung Kleve | 941/WP14 |
| 6. | Änderung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve rückwirkend zum Schuljahr 2018/19; Kaufmann/-frau im Einzelhandel / Verkäufer/-in (gemeinsame Beschulung) von drei auf vier Züge | 945/WP14 |
| 7. | Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve zum Schuljahr 2019/20; Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften | 946/WP14 |

8. Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve zum Schuljahr 2019/20; Einjährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten und ein dem Hauptschulabschluss nach Klasse 10 gleichwertigen Abschluss im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften mit dem fachlichen Schwerpunkt Fahrzeugtechnik 947/WP14
9. Beschluss über den Gesamtabchluss 2015 des Kreises Kleve und die Entlastung des Landrates 926/WP14
10. Beschluss über den Jahresabschluss 2017, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses 922/WP14
11. Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verkauf von RWE Aktien 920/WP14
12. Entgeltliche oder geschäftsmäßige Personenbeförderung Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Taxentarif für den Kreis Kleve 934/WP14
13. Schnellstmögliche Verbesserung und Ausbau der Bahnstrecke Geldern – Kleve grenzüberschreitend bis nach Nijmegen Anträge der Kreistagsfraktion SPD vom 11.09.2018 937/WP14
14. Pflegebedarfsplan des Kreises Kleve Fortschreibung zum 31.12.2018 877_1/WP14
15. Demografiekonzept des Kreises Kleve Vereinsbefragung 878_1/WP14
16. Satzung des Kreises Kleve über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Frischfleischhygiene 938/WP14
17. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Düsseldorf, dem Kreis Mettmann und dem Kreis Kleve über die Untersuchung und Begutachtung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika für den Kreis Kleve 955/WP14
18. Studie zur Nitratbelastung des Grundwassers im Kreis Kleve Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2018 935/WP14
19. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 – Weeze Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze (35. Flächennutzungsplanänderung ‚Feuerwehr Weeze Wemb‘) 927/WP14
20. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 – Geldern-Issum Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (26. Flächennutzungsplanänderung ‚Verschwenkung Stadtkerntangente‘) 928/WP14

- | | | |
|-----|---|----------|
| 21. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 08 – Uedem
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Uedem (34. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Uedem und Aufstellung des Bebauungsplans Uedem Nr. 10f ‚Gewerbegebiet Molkereistraße‘ im Parallelverfahren) | 929/WP14 |
| 22. | Mitteilungen | 826/WP14 |
| 23. | Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|--|----------|
| 24. | Abberufung als Prüferin der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung | 923/WP14 |
| 25. | Grundstücksangelegenheiten
Flächentausch im Rahmen der Flurbereinigung zur Deichsanierung | 930/WP14 |
| 26. | Grundstücksangelegenheiten
Erwerb eines Flurstückes in der Gemarkung Straelen | 936/WP14 |
| 27. | Grundstücksangelegenheiten
Erwerb eines Flurstücks in der Gemarkung Hau | 939/WP14 |
| 28. | Stundung einer Forderung | 943/WP14 |
| 29. | Mitteilungen | |
| 30. | Anfragen | |

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 940 /WP14

Verleihung eines Heimatpreises im Kreis Kleve
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.09.2018

Frau Ulrich führt aus, dass der Beschlussvorschlag die Unterstützung der CDU-Kreistagsfraktion findet.

Herr Dr. Prior fragt zum Verfahren der Auswahl des Preisträgers, ob die Verwaltung einen Beschlussvorschlag unterbreiten wird oder der Kreistag aus den vorliegenden Bewerbungen eine Auswahl trifft. Er beantragt für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Preiskriterium Nummer 3 um "Vielfalt und Natur" zu ergänzen.

Landrat antwortet, dass der Kreistag den Preisträger auswählt.

Herr Franken erfragt, ob es pro Jahr nur einen Preisträger geben soll. Dies wird vom Landrat bejaht. Herr Franken bittet um Prüfung, ob die Möglichkeit besteht das Preisgeld zu splitten. Landrat

sagt eine Prüfung zu. Herr Franken führt aus, dass, sollte die Möglichkeit des Splittens bestehen, seitens der SPD-Kreistagsfraktion beantragt wird, in Abhängigkeit von den eingehenden Bewerbungen, zwei Preisträger zu benennen, die jeweils 5.000 Euro erhalten.

Frau Ulrich rät dazu, den "Heimat-Preis" entsprechend des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion anlaufen zu lassen und abzuwarten, welche Bewerbungen und wie viele Bewerbungen eingehen. Es ist nicht auszuschließen, dass sich dann noch Detailfragen ergeben werden. Sie erklärt, dass es der Erweiterung der Preiskriterien aus ihrer Sicht nicht bedarf, da die beantragten Ergänzungen bereits von den genannten Preiskriterien umfasst sind. Bei Verdiensten um die Heimat kann auch eine Institution / ein Verein aus dem Bereich Naturschutz in Betracht kommen.

Herr Heinrichs legt dar, dass das Verfahren geklärt sein sollte, bevor darüber entschieden wird, ob ein "Heimat-Preis" verliehen wird. Gleiches gilt für die Preiskriterien, die nicht genauer definiert sind.

Herr Prof. Dr. Klapdor weist darauf hin, dass die Frage der Anzahl der Preisträger und deren Preisgeld nicht Bestandteil des Beschlussvorschlages ist. Er schließt sich der Auffassung an, dass es der Erweiterung der Preiskriterien nicht bedarf, da die seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Kriterien diese bereits umfassen.

Herr Franken stimmt Herrn Prof. Dr. Klapdor zu. Es ist nicht Gegenstand des Beschlussvorschlages zu entscheiden, ob das Preisgeld an einen oder mehrere Preisträger geht. Er nimmt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zurück. Die Bitte um Prüfung, ob eine Aufteilung des Preisgeldes möglich ist, wird aufrechterhalten.

Landrat stellt den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Kleve beschließt die Teilnahme am „Heimat-Preis“ des vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW aufgelegten Förderprogrammes „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet“.

Für den Heimatpreis des Jahres 2019 legt der Kreistag folgende Preiskriterien fest:

- Verdienste um die Heimat
- Pflege und Förderung von Bräuchen
- Erhalt von Kultur und Tradition

Es muss mindestens ein Preiskriterium erfüllt werden.

Eine Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN entfällt insofern.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 954 /WP14

Landesförderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern was Menschen verbindet.“

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 27.09.2018

Herr Franken bittet um Begründung, warum aus Sicht der Verwaltung neben dem "Heimat-Preis" zum jetzigen Zeitpunkt kein weiteres Element des Landesprogramms für den Kreis Kleve als sinnvoll und zielführend eingeschätzt wird. Er fragt zudem, ob der Kreis Kleve bei der Heimat-Werkstatt antragsberechtigt ist.

Herr Suerick führt aus, dass sich die Verwaltung intensiv mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion beschäftigt hat. Aus Sicht der Verwaltung liegt das Hauptaugenmerk des Landesförderprogramms auf Ebene der Städte und Gemeinden. Dem Kreis Kleve ist kein Projekt bekannt, bei dem in etwa die gleichen Kriterien angesetzt werden könnten, wie beim "Heimat-Preis", nämlich ein Bezug zum überwiegenden Kreisgebiet. Diese Überörtlichkeit ist aber aus Sicht der Verwaltung Voraussetzung für ein Tätigwerden. Es erscheint nicht angebracht, ein Projekt auszuwählen, das lediglich in einer Kommune des Kreises angesiedelt ist.

Frau Boxnick ergänzt, dass ein Antragsrecht des Kreises Kleve für die Heimat-Werkstatt besteht.

Frau Ulrich weist darauf hin, dass es eines Kreistagsbeschlusses ausschließlich für den "Heimat-Preis" bedarf. Aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion zeigt dies, dass die Intention der übrigen Maßnahmen abweicht.

Herr Franken führt aus, dass die Auffassung von Frau Ulrich nicht geteilt wird. Die SPD-Kreistagsfraktion wird sich weiter mit den Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms befassen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 921 /WP14

Kreispartnerschaft

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018

Herr Franken erklärt das Ansinnen der Antragstellung. Wunsch ist eine Projektgruppe, die sich intensiv damit befasst, eine Kreispartnerschaft auf den Weg zu bringen. Der Kreis Kleve unterhält bereits eine Vielzahl von partnerschaftlichen Beziehungen und Kooperationen mit den Niederlanden. Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion sollte die Kreispartnerschaft daher mit einem Kreis in einem anderen europäischen Land geschlossen werden. Entsprechende Vorgaben an die Projektgruppe wurden nicht in den Antrag aufgenommen um dieser ein ergebnisoffenes Arbeiten zu ermöglichen.

Landrat führt aus, den Antrag inhaltlich nicht in Gänze nachvollziehen zu können. Mit der Hochschule Rhein-Waal sind 120 Nationen im Kreis Kleve vertreten. Das ist nicht vielerorts gegeben und es bietet viele Möglichkeiten, sich international anzubinden.

Herr Prof. Dr. Klapdor führt aus, dass es ihm ein Anliegen wäre, in Betracht zu ziehen, die partnerschaftliche Beziehung zum Oberhavelkreis wieder aufzunehmen, wenn man über eine Kreispartnerschaft nachdenkt. Es ist, vor dem Hintergrund dieser im Sande verlaufenen partnerschaftlichen Beziehung, nicht nachvollziehbar über eine neue Partnerschaft nachzudenken.

Frau Ulrich führt aus, dass nicht nur in der Hochschule, sondern auch in anderen Bereichen, internationale Kontakte gepflegt werden. Sie erinnert an die partnerschaftliche Beziehung zum Oberhavelkreis. Diese hing ganz stark an Personen. Genau da liegt das Problem. Eine Kreispartnerschaft muss intensiv von Personen begleitet werden. Doch nicht nur der Verlauf der partnerschaftlichen Beziehung zum Oberhavelkreis, sondern auch die Erfahrungen aus den Kommunen, zeigen die Problematik solcher Partnerschaften auf. Es ist schwierig Städtepartnerschaften dauerhaft lebendig zu halten. Aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion kann es nicht darum gehen förmliche Verbindungen herbeizuführen und dies zu institutionalisieren. Man sollte diejenigen unterstützen, die in verschiedenen Bereichen Aktivitäten entfalten.

Herr Engler erklärt, dass die partnerschaftliche Beziehung zum Oberhavelkreis insofern nicht vergleichbar ist, als das sie in einer bestimmten historischen Situation eingegangen wurde, die vorüber ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018 wird abgelehnt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 953 /WP14

Barrierefreier Zugang zu Kreisgebäuden

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018

Herr Franken äußert sein Unverständnis darüber, dass seitens der SPD-Kreistagsfraktion auf ein Problem hingewiesen wurde, dem sich die Verwaltung nun annimmt und dies lediglich zur Kenntnis gegeben wird. Es wurde ein Antrag gestellt, über den abzustimmen ist.

Landrat führt aus, davon ausgegangen zu sein, dass es im Sinne der SPD-Kreistagsfraktion sein könnte, den Antrag gleich zu erledigen. Er stellt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018 wird zugestimmt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 941 /WP14

Fortschreibung des Gleichstellungsplans für die Kreisverwaltung Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Kreisausschuss leitet den Tagesordnungspunkt einvernehmlich ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weiter.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 945 /WP14

Änderung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve rückwirkend zum Schuljahr 2018/19; Kaufmann/-frau im Einzelhandel / Verkäufer/-in (gemeinsame Beschulung) von drei auf vier Züge

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird gem. § 81 Absatz 2 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG) am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve, Am Nierspark 35 in 47608 Geldern (Schul-Nr.: 173708) die gemeinsame Beschulung der Bildungsgänge „Kaufmann/-frau im Einzelhandel“ und „Verkäufer/-in“; APO-BK Anlagen A 1.1 rückwirkend ab 01.08.2018 von drei Züge auf vier Züge erweitert.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 946 /WP14

Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve zum Schuljahr 2019/20; Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird gem. § 81 Absatz 2 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG) am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve, Am Nierspark 35 in 47608 Geldern (Schul-Nr.: 173708) der Bildungsgang - Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften – APO-BK Anlage D zum Schuljahr 2019/20 einzügig in Vollzeitform eingeführt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 947 /WP14

Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve zum Schuljahr 2019/20; Einjährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten und ein dem Hauptschulabschluss nach Klasse 10 gleichwertigen Abschluss im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften mit dem fachlichen Schwerpunkt Fahrzeugtechnik

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird gem. § 81 Absatz 2 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG) am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve, Am Nierspark 35 in 47608 Geldern (Schul-Nr.: 173708) der Bildungsgang - Einjährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten und einen dem Hauptschulabschluss nach Klasse 10 gleichwertigen Abschluss im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften mit dem fachlichen Schwerpunkt Fahrzeugtechnik APO-BK Anlage B 1 - zum Schuljahr 2019/20 einzügig in Vollzeitform eingeführt.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 926 /WP14

Beschluss über den Gesamtabchluss 2015 des Kreises Kleve und die Entlastung des Landrates

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Kreistag bestätigt gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 116 Abs. 1 GO NRW den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Gesamtabchluss 2015.
2. Dem Landrat wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 116 Abs.1 GO NRW und § 96 Abs. 1 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung erteilt.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 922 /WP14

Beschluss über den Jahresabschluss 2017, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in Verbindung mit § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss 2017 in der durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Fassung fest.
2. Dem Landrat wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung erteilt.
3. Der in 2017 entstandene Jahresüberschuss wird mit einem Anteil von 771.283,54 EUR der Ausgleichsrücklage und mit einem Anteil von 5.468.307,77 EUR der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 920 /WP14

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verkauf von RWE Aktien

Frau Höhn erläutert, dass Hintergrund der Antragstellung die Umstrukturierung des RWE-Konzernes ist. Der Unternehmensteil RWE wird sich zukünftig allein auf fossile Energieträger konzentrieren. Dort sind u.a. auch die Kosten angesiedelt, die aus dem Atomausstieg resultieren. Auch die Kosten, die der Kohleausstieg verursacht, werden dort verbucht werden. Aus Sicht der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist damit perspektivisch ziemlich deutlich, dass in den nächsten Jahren voraussichtlich keine Dividenden gezahlt werden und die Aktie weiter an Wert verlieren wird. Die Einschätzung der Verwaltung zum Einfluss der Kommunen wird nicht geteilt. Frau Höhn weist ferner auf die globale Verantwortung des Kreises Kleve hin.

Herr Prof. Dr. Klapdor erklärt, dass ein Verkauf der Aktien seitens der FDP-Kreistagsfraktion zum jetzigen Zeitpunkt nicht als sinnvoll angesehen wird, insbesondere nicht aus den, in dem Antrag genannten, Gründen. Aus Sicht der Fraktion handelt es sich um eine Finanzanlage. Fast alle Ana-

lystenmeinungen lauten kaufen und nicht verkaufen, da die Ansicht vertreten wird, dass die Aktie derzeit eher unterbewertet ist. Primäre Aufgabe ist es, das Vermögen des Kreises zu erhalten. Die FDP-Kreistagsfraktion macht sich nicht die Begründung der Verwaltung zu eigen, stimmt aber dem Beschlussvorschlag zu.

Frau Ulrich führt aus, dass die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag ablehnen wird. Dieser kommt aus Sicht der Fraktion zu Unzeiten. Er ist ganz klar im Zusammenhang mit den Vorgängen im Hambacher Forst zu sehen. Es gilt die Neustrukturierung abzuwarten. Unter Finanzanlagegesichtspunkten waren die Aktien jahrelang attraktiv.

Herr Franken teilt mit, dass die SPD-Kreistagsfraktion dem Beschlussvorschlag folgen wird. Es fließen Dividenden und diese sind auch weiterhin in Aussicht gestellt. Ein Verkauf der Aktien wird zurzeit nicht als opportun angesehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.10.2018 über eine Abstimmung zur Veräußerung der RWE-Stammaktien wird abgelehnt.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 934 /WP14

Entgeltliche oder geschäftsmäßige Personenbeförderung

Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Taxentarif für den Kreis Kleve

Herr Düllings verweist auf die intensiven Diskussionen im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung. Auch innerhalb der Fraktion erfolgte im Anschluss an die Fachausschusssitzung eine ausgiebige Befassung mit der Thematik und den, vom Gutachter vorgestellten, Informationen. Die CDU-Kreistagsfraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Frau Höhn fragt, ob die Kosten für das Gutachten vom Kreis getragen werden. Landrat bejaht dies. Frau Höhn führt aus, dass das Gutachten aufgrund fehlender Unterlagen erforderlich war und bittet um Erläuterung, warum in diesem Fall, anders als z.B. im Schwerbehindertenrecht, die Kosten nicht vom Antragsteller zu tragen sind. Landrat verweist darauf, dass eine Vergleichbarkeit aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten nicht besteht.

Herr Franken weist darauf hin, dass in dem Gutachten 11% als Nachholbedarf ausgewiesen sind. Er äußert die Hoffnung, mit der nunmehr beabsichtigten Anpassung, einen Taxitarif zu beschließen, der für mehrere Jahre auskömmlich sein wird. Die SPD-Kreistagsfraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Änderungsverordnung zur Taxitarifordnung für den Kreis Kleve wird als ordnungsbehördliche Verordnung erlassen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 937 /WP14

Schnellstmögliche Verbesserung und Ausbau der Bahnstrecke Geldern – Kleve
grenzüberschreitend bis nach Nijmegen
Anträge der Kreistagsfraktion SPD vom 11.09.2018

Frau Eicker führt aus, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung detailliert begründet wurde. Aufgrund aktueller Entwicklungen wurde der Antrag modifiziert. Zu den aufrechterhaltenen Punkten existieren Beschlüsse des Kreistages aus dem Jahr 2016. Wunsch ist es nun, dass der Kreistag die Fakten, die der VRR geschaffen hat, bzw. die Planungen, die dort vorliegen, auf dem Weg zu einer Verbesserung der Qualität unterstützt.

Herr Franken fragt, ob die Möglichkeit besteht, das Protokoll der Besprechung bei der Gemeinde Berg en Dal der Niederschrift beizufügen. Er verweist auf den Umgang der Gemeinde Kranenburg mit den Unterlagen.

Landrat antwortet, dass es rechtlich möglich ist, die Verwaltung dies jedoch nicht beabsichtigt. Externe Protokolle oder auch Verträge werden grundsätzlich weder den Vorlagen noch den Niederschriften beigelegt.

Frau Ulrich meldet für die CDU-Kreistagsfraktion Beratungsbedarf an, da der modifizierte Antrag erst nach der Fraktionssitzung vorlag.

Der Kreisausschuss lässt den Tagesordnungspunkt einvernehmlich ohne Beschlussempfehlung passieren.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 877 _1/WP14

Pflegebedarfsplan des Kreises Kleve
Fortschreibung zum 31.12.2018

Herr Franken weist auf § 8 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen hin. Es ist nicht nachvollziehbar, warum beim Kreis Kleve eine abweichende Bezeichnung, nämlich Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz, verwandt wird. Dies entspricht nicht der Gesetzeslage, so dass über eine Umbenennung nachzudenken ist. Ferner wird im Gesetz ausgeführt, dass diese Konferenz an der kommunalen Pflegeplanung mitwirkt. Für ihn ist nicht erkennbar, inwieweit dies erfolgt ist. Auch hat die Konferenz nach seiner Auffassung noch nie so getagt, wie in § 8 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen vorgesehen.

Landrat sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Er weist darauf hin, dass es Rechtsauffassung der Verwaltung ist, dass die Namensgebung unschädlich ist. Bei der Bezeichnung im Gesetz geht es um Themen, die behandelt werden sollen. Eine Umbenennung ist nicht geboten.

Frau Höhn äußert Unverständnis darüber, dass Pflege so einseitig für alte Menschen gedacht wird. Auch wenn es sich um eine Fortschreibung handelt, besteht die Möglichkeit festzustellen, dass ein Teilbereich, nämlich die Pflege von Kindern und jungen Erwachsenen nicht ausreichend betrachtet wird und in Zukunft aufzugreifen ist. Dort bestehen große Bedarfe.

Landrat verweist darauf, dass dies Gegenstand der Diskussion im Fachausschuss war.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

Beschluss:

Die „Fortschreibung des Pflegebedarfsplanes für den Kreis Kleve – 2018“ wird zum Stand 31.12.2018 in der der Verwaltungsvorlage beigefügten Fassung als örtliche Planung gemäß § 7 Abs. 1 und 4 Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) beschlossen.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 878 _1/WP14

Demografiekonzept des Kreises Kleve
Vereinsbefragung

Der Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 938 /WP14

Satzung des Kreises Kleve über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Frischfleischhygiene

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Gebührenbedarfsberechnung und die dazugehörigen Erläuterungen werden zur Kenntnis genommen.

Die Satzung des Kreises Kleve über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Frischfleischhygiene wird entsprechend dem vorgelegten Entwurf beschlossen.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 955 /WP14

Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Düsseldorf, dem Kreis Mettmann und dem Kreis Kleve über die Untersuchung und Begutachtung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika für den Kreis Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Verwaltung wird bevollmächtigt, über eine schriftliche Zusatzvereinbarung (Anlage 1) die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann vom 15./21./26. November 2007 über die Untersuchung und Begutachtung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika für den Kreis Kleve so anzupassen, dass die Kündigungsfrist von derzeit zwei Jahren vor Vertragsablauf auf ein Jahr vor dem Vertragsablauf verkürzt wird.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 935 /WP14

Studie zur Nitratbelastung des Grundwassers im Kreis Kleve
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2018

Herr Dr. Prior erläutert den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Er führt aus, dass die in der Vorlage benannte positive Entwicklung nicht gesehen wird. Es besteht eine deutliche Abweichung dazu, was andernorts üblich ist. Die Fraktion leitet daraus einen dringenden Handlungsbedarf ab. Die beantragte Studie könnte sich an Best-Practice-Beispielen orientieren. Ziel sollte es sein, innerhalb von 10 Jahre einen Wert unter 15 mg zu erreichen. Dann kann von einer positiven Entwicklung gesprochen werden.

Frau Eicker führt aus, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag nicht deshalb ablehnt, weil kein Bedarf gesehen wird, die Nitratbelastung zu reduzieren, sondern weil eine Studie nicht für erforderlich gehalten wird.

Herr Düllings verwehrt sich gegen Fehlinterpretationen der Abstimmungsergebnisse. Er verweist auf bestehende Zuständigkeiten und die bereits angesprochene positive Entwicklung. Es wird bereits viel für eine regelmäßige Kontrolle und Auswertung getan.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2018 wird abgelehnt.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 927 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 – Weeze
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze (35. Flächennutzungsplanänderung ‚Feuerwehr Weeze Wemb‘)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 10 Weeze an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze, sofern die im Umweltbericht beschriebenen Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen im weiteren Verfahren konkretisiert und umgesetzt werden.

Zu Punkt 20 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 928 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 – Geldern-Issum
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (26. Flächennutzungsplanänderung ‚Verschwenkung Stadtkerntangente‘)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 13 Geldern-Issum an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern, sofern der Artenschutz beachtet wird und die im Landespflegerischen Fachbeitrag dargestellten Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vollumfänglich berücksichtigt werden.

Zu Punkt 21 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 929 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 08 – Uedem

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Uedem (34. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Uedem und Aufstellung des Bebauungsplans Uedem Nr. 10f ‚Gewerbegebiet Molkereistraße‘ im Parallelverfahren)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die 34. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Uedem und die Aufstellung des Bebauungsplans Uedem Nr. 10f „Gewerbegebiet Molkereistraße“ im Parallelverfahren, vorbehaltlich der vollständigen Prüfung der Auswirkungen des Vorhabens hinsichtlich des Arten-, Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Berücksichtigung der im weiteren Planungsverlauf festgelegten Vorgaben bezüglich Artenschutz, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen.

Zu Punkt 22 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 826 /WP14

Mitteilungen

Kreisausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage 826/WP14 zur Kenntnis.

Herr Franken weist darauf hin, dass die SPD-Kreistagsfraktionen einen Antrag stellen wird, die Änderungen der Planungen für das Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve im Kreistag öffentlich vorzustellen.

Zu Punkt 23 der Tagesordnung:

Anfragen

Es gibt keine Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung.

- - - - -